

## **Bericht des Bürgermeisters zur Sitzung des Rates am 07. November 2017**

### **Fünf-Sterne-Hotel**

In der Ratssitzung am 03. April hatte ich bereits darüber berichtet, dass die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke im November des letzten Jahres den Beschluss gefasst hat, wonach zum Ende des ersten Quartals 2017 die abschließenden Vertragsentwürfe vorliegen sollten.

Nachdem wir relativ kurzfristig im März des Jahres noch einmal überarbeitete Vertragsentwürfe auf den Tisch bekommen hatten, so dass die Anwälte beider Vertragsparteien sehr intensiv damit befasst waren, diese neuerlichen Vertragsentwürfe, die einer gründlichen Erörterung bedurften, abzustimmen, konnte der Termin leider nicht gehalten werden. Die Bieter hatten Anfang Mai auf Einladung der Gesellschafterversammlung den aktuellen Stand des Vorhabens noch einmal vorgestellt und damit auch die neuen Ratsmitglieder in Kenntnis gesetzt. Die Kernverträge waren dem Grunde nach fertig, lediglich die Nebenverträge über verschiedene Nutzungsrechte mussten noch erarbeitet werden. In Oesede hatte sich der Rat Mitte Mai nochmals mehrheitlich zu dem Vorhaben bekannt, hatte aber auch auf nunmehr schnellstmögliche Vertragsunterzeichnung gepocht.

Spätestens nachdem auch die Nebenverträge soweit endverhandelt waren, wurde seitens der Stadt nachdrücklich und wiederholt eine baldige Vertragsunterzeichnung eingefordert. Erst jetzt im Oktober wurden uns wiederum komplett überarbeitete Verträge auf den Tisch vorgelegt; das betrifft sowohl den Kaufvertrag als auch den städtebaulichen Vertrag. Das hat auf unserer Seite zu erheblichen Irritationen geführt, da wir davon ausgegangen waren, dass die Verhandlungen abgeschlossen seien. Nunmehr waren wir gehalten, das gesamte Vertragswerk juristisch wiederum zu überprüfen und auf die einzelnen Änderungswünsche einzugehen. Das hat sowohl bei mir im Hause als auch bei den begleitenden Kanzleien erhebliche Ressourcen gebunden. Mein Allgemeiner Vertreter, Herr Reising, hat sich in den letzten Wochen mit einer hohen Intensität der geänderten Vertragslage gewidmet. Neben den Irritationen hat das in der Politik verständlicherweise auch zu großer Verärgerung geführt. Wir sind uns alle darüber im Klaren, gerade auch in der Verwaltung, die wir genauestens die Herausforderungen und juristischen Feinheiten des Vorhabens kennen, dass die Projektierung seine Zeit benötigt; daher haben wir uns auch immer wieder zu Zugeständnissen bereit erklärt, zu denen es allerdings auch kaum eine Alternative gegeben hat. Heute muss ich allerdings auch im Namen der Politik und vor dem Hintergrund einer wettbewerbskonformen Ausschreibung in aller Deutlichkeit sagen, dass November – 2017 - die Deadline ist. Wenn bis

zum Monatsende die Verträge nicht unterschrieben wurden, dann wird sich der Rat mit einer neuen Bewertung und dem weiteren Vorgehen zu befassen haben.

### **Arbeitskreis Schulen**

Hinsichtlich der Frage einer möglichen Zusammenlegung der Grundschule mit der KGS hat der dafür ins Leben gerufene Arbeitskreis inzwischen fünfmal getagt. Inhaltlich haben wir uns bislang sehr intensiv mit einer Pro- und Contra – Abwägung einer Standortzusammenlegung befasst. Insbesondere die pädagogischen Aspekte, die Verbesserungen des Lernumfeldes, Synergieeffekte eines Standortes, die effektivere Raumnutzung, oder eine mögliche Kosteneinsparung wurden den Chancen einer Modernisierung, den hohen Baukosten und den Vorteilen der heutigen getrennten Standorte gegenübergestellt. Sehr intensiv wurde die Schwierigkeit einer Folgenutzung des Grundschulgebäudes hinsichtlich seiner Baustruktur und Denkmaleigenschaft erörtert, die viele andere Nutzungen als die einer Schule ausschließt. Herausfordernd bei dieser Abwägung sind die schwer messbaren pädagogisch-inhaltlichen Vorteile im Verhältnis zu den voraussichtlich sehr hohen Kosten einer Schulzusammenlegung und der dann ungewissen Folgenutzung des Grundschulgebäudes. Unter Beteiligung der Landesschulbehörde wurde in der letzten Sitzung vereinbart, dass die jeweiligen Schulleitungen zunächst einen Raum- und Funktionsplan entwickeln, so dass auf Basis dieses Konzeptes ein konkreter Raumbedarf ermittelt werden kann. In Anbetracht der komplexen wirtschaftlichen und pädagogischen Fragestellungen, verbunden mit den Fragen einer Sinnvollen Folgenutzung des Grundschulkomplexes, ist sich der Arbeitskreis darüber im Klaren, dass die Lösung nicht auf der Hand liegt und die Erörterungen noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Einigkeit besteht allerdings darin, die Frage in dieser Legislaturperiode zeitnah und abschließend zu behandeln. Ich darf für mich nach den fünf Sitzungen feststellen, dass sehr sachlich, ausgewogen und zielorientiert in diesem Arbeitskreis gearbeitet wird.

### **Havarie Frachter**

Die Strandung des Massengutfrachters „Glory Amsterdam“ hatte in der letzten Woche für viel Unruhe, bundesweites Medieninteresse und große Besorgnis hier an der Küste geführt. Die Bürgermeister der sieben ostfriesischen Inseln haben dazu eine Presseerklärung verfasst, in der auf die offensichtlich immer noch hohe Gefährdungslage durch die Hochseeschifffahrt hingewiesen wird, obwohl wir ein ausgefeiltes und immer wieder verbessertes Notschleppkonzept an der Deutschen Küste haben.

Die Aussagen werden umso bedeutsamer, nachdem sich in diesen Tagen die Verdachtsmomente erhärten, wonach es zu eklatanten Versäumnissen bei der Schadensabwendung gekommen sein soll.

Danach soll die GA während der gesamte Zeit der Havarie die angebotene Hilfe durch den Hochseeschlepper NORDIC oder die Übernahme des Boarding Teams abgelehnt und verzögert haben. Die GA soll Anweisungen der NORDIC fortlaufend nicht durchgeführt haben. Die Schiffsmaschine des havarierten Frachters soll während der NORDIC-Anläufe am Bug mehrfach gestartet worden sein, mit dem Ziel, das Schiff in Bewegung zu setzen, womit die Helfer der NORDIC größter Gefahr ausgesetzt wurden. Die Notschleppleine soll gegen ausdrückliche Anweisungen der NORDIC durch falsche Seitenklüse geführt und auf dem falschem Poller, der die Zuglast nicht halten konnte, befestigt worden sein. Das Notschleppkonzept insgesamt wurde durch alle Beteiligten nur zögerlich umgesetzt. Nachdem das erst Boarding-Team am Mittag den Versuch des Übersetzens aufgeben musste, ist dem zweiten Boarding-Team erst viereinhalb Stunden später gelungen, auf die GA zu kommen. Zu dem Zeitpunkt gab es schon keine Optionen mehr, das Auflaufen zu verhindern.

Auch wenn zum Glück ein großer Schaden ausgeblieben ist und die GA am Freitagmorgen wieder freigeschleppt werden konnte, fordern wir eine lückenlose und transparente Aufklärung des Vorfalls, die keinesfalls, wie bereits angekündigt, ein Jahr in Anspruch nehmen darf. Es drängt sich hier der sehr starke Verdacht auf, dass viele Fehler gemacht wurden, die sich bei einem ähnlichen Unglück wiederholen und zu Schäden ganz anderen Ausmaßes führen könnten. Offensichtlich gibt es in der Rettungskette Schwachstellen, die beseitigt werden müssen, wozu auch eine fehlerfreie Kommunikation zwischen Besatzung und Havariekommando sowie unverzüglich durchsetzbare Anordnungen gehören. Die zuständige Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung (BSU) muss nun ihre Untersuchungen unverzüglich beginnen und in kürzester Zeit einen genauen Unfallbericht der Öffentlichkeit vorlegen, damit solche Havarien in Zukunft nicht wieder passieren können.

### **Sachstand zu § 22 BauGB**

Wie wir bereits in der letzten Bauausschusssitzung erörtert haben, hat der Gesetzgeber den Paragraphen 22 des BauGB dahingehend geändert, wonach neben der Begründung oder Teilung von Rechten nach dem Wohnungseigentumsgesetz (WEG) nunmehr auch die Bildung von Bruchteilseigentum dem Genehmigungsvorbehalt der Gemeinden unterworfen werden kann. Bevor bei uns überhaupt Inhalte diskutiert oder etwaige Maßnahmen ergriffen wurden, hat

die Immobilienbranche vermeintlich bereits Wege gefunden, um beispielsweise durch die Bildung von Gesellschaften den Genehmigungsvorbehalt zu umgehen, wenngleich diese Lösung sicherlich auch nicht in jedermanns Interesse liegen dürfte. Auch die aktuell zu verzeichnende vermehrte Bildung von Bruchteilseigentum bei uns auf der Insel zeugt von einer latenten Aufgeregtheit.

Während man auf unseren Nachbarinseln bereits den Versuch wagt, die Praxistauglichkeit dieser Rechtsänderung zu testen, tut man sich in unseren Gremien deswegen noch schwer mit einer Satzungsänderung, weil man verständlicherweise etwaige Nachteile für Einheimische bei der Begründung von Dauerwohnraum vermeiden möchte. An der grundsätzlichen Notwendigkeit, hier regulierend einzugreifen, besteht indessen kaum ein Zweifel. Ich habe immer die Auffassung vertreten, dass man ein solches weitreichendes Thema nicht übers Knie brechen kann, wenngleich wir es auch nicht auf die lange Bank schieben sollten. Es bleibt unser Ziel, Dauerwohnraum und dessen Nutzung zu sichern. Keinem Wohnungseigentümer, der redlich diese Absicht verfolgt, soll das Leben schwer gemacht werden. Wir arbeiten derzeit an einer Fassung, die auch unbillige Härten im Einzelfall bei der beabsichtigten Bildung von Dauerwohnraum berücksichtigt und ich hoffe, dass wir noch in diesem Jahr zu einer Entscheidung kommen werden. Es wäre dem Gesetzgeber wahrscheinlich auch nur schwer zu vermitteln, dass die Inseln als Initiatoren dieser Rechtsänderung selbst die größten Bedenkenträger sind.

### **Gartenstadt**

In Sachen Gartenstadt möchte ich nur kurz darüber informieren, dass wir gemäß politischem Wunsch einen externen Fachanwalt mit der gutachterlichen Frage betraut haben, inwieweit die langfristige Sicherung des zu schaffenden Dauerwohnraums möglichst rechtssicher erfolgen kann. Das Ergebnis erwarten wir in zwei Wochen.

### **Sanierung Lüttje Legde 7**

Man hat sich fast daran gewöhnt, dass die Lüttje Legde 7 seit geraumer Zeit mit vertikalen Holzbalken am Mauerwerk versehen ist. Diese Sicherungsmaßnahme war bekanntlich im Zuge einer gutachterlichen Untersuchung des Gesamtzustandes der Außenfassade erfolgt. Die Gesellschafterversammlung der Wohnungsgesellschaft hat sich in seinen letzten beiden Sitzungen nach intensiver Prüfung der möglichen Sanierungsmöglichkeiten für eine neue vorgehängte Fassade entschieden. Die Baumaßnahme soll im Frühherbst des nächsten Jahres beginnen und wird derzeit akribisch geplant und vorbereitet. Die Mieter

werden selbstverständlich rechtzeitig über den Bauablauf und die genauen zeitlichen Abfolgen unterrichtet.

### **Bericht aus der Unterarbeitsgruppe Meeresmüll**

Im letzten Jahr wurde der sogenannte „Runde Tisch Meeresmüll“ aufgrund einer Initiative des Bundes- und des Niedersächsischen Umweltministeriums sowie des Umweltbundesamtes gegründet.

Der Runde Tisch soll die nationalen Maßnahmen gegen Meeresmüll koordinieren und ihre Umsetzung unterstützen. Er besteht aus über 130 Experten und Vertretern der produzierenden Industrie, Behördenvertreter sowie Umwelt- und Abfallverbände.

Ziel ist, Handlungsschwerpunkte zu erarbeiten und eine gemeinsame Wissensbasis zu den relevanten Quellen, Eintragspfaden und Auswirkungen von Meeresmüll, dessen Reduzierungsmöglichkeiten etc. zu erarbeiten. Es wurden aufgrund der außerordentlichen Aufgabenvielfalt verschiedene Arbeits- und Unterarbeitsgruppen gebildet, wobei dem Bürgermeister der Stadt Norderney das Privileg zukommt, in der Unterarbeitsgruppe „Reduzierung des Plastikmüllaufkommens durch Kommunale Vorgaben“ aktiv mitarbeiten zu dürfen. In Anbetracht der unmittelbaren Betroffenheit der Inseln und der Küste ist das für uns ein wichtiges Thema, dass auch zunehmend an nationaler und internationaler Bedeutung gewinnt.

Wichtig sind für uns dabei die Einflussmöglichkeiten auf die Verringerung des seeseitigen Müllaufkommens, Ordnungsrechtliche Direktiven für die Kommunen, ein schlüssiges Konzept und klar geregelte Zuständigkeiten sowie Kostenverantwortliche bei Strandverschmutzungen, oder auch übergreifende Abfallvermeidungskonzepte. Die Liste ist lang.

Einen ersten Workshop werden wir am 24.11.2017 in Bremen mit VertreterInnen von Politik, Kommunen, Tourismus, Abfallwirtschaft und Natur- und Umweltschutz durchführen. (Bremen deswegen, weil der Großteil der Teilnehmer aus dem Land kommt).